

Nr.: 157/93

Osnabrück, den 25.11.1993

Manifester der 60

Fremdenfeindlichkeit ist aggressive Antwort auf Versäumnisse in der Politik Wissenschaftler fordern klare Konzepte und ein Bundesministerium für Migration

Die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ist nicht zuletzt eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik. Das erklären sechzig deutsche Professorinnen und Professoren in einem gemeinsamen Manifest zum Thema Einwanderung, das jetzt veröffentlicht wurde. In der rund vierzigseitigen Erklärung fordern die Wissenschaftler, die seit langem bestehende Einwanderung in die Bundesrepublik durch klar definierte Konzepte, Kontingente und Quoten zu steuern. Für eine gezielte Einwanderungspolitik sei eine neue Gesetzgebung und die Umgestaltung des Ausländerrechts ebenso unverzichtbar wie die Unterstützung durch umfassende gesellschaftspolitische Maßnahmen. Dazu müsse ein Bundesministerium für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten geschaffen werden. Prof. Dr. Klaus J. Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und Herausgeber des "Manifests der 60": "Unsere gemeinsame Aktion ist vor dem Hintergrund jahrelanger politischer Versäumnisse entstanden. Die sonst so ereignisreichen achtziger Jahre waren in puncto Migration ein verlorenes Jahrzehnt." Notwendig sei eine sachliche "Generaldebatte" über die Zukunft von Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und Kultur in Deutschland.

Die aktuelle Diskussion um Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit in Deutschland verschleierte die Tatsache, daß die Bundesrepublik in Zukunft verstärkt auf Zuwanderung angewiesen sein werde. Nach Einschätzung der Wissenschaftler können die einschneidenden Folgen von Geburtenrückgang und Alterungsschub für Sozialstaat und Wirtschaftsentwicklung durch Einwanderung zwar nicht behoben, aber doch entscheidend gemildert werden. Ein Beitrag zur Lösung innerer Probleme könne Zuwanderung aber nur dann sein, "wenn einheimische Mehrheit und zugewanderte Minderheit neben- und miteinander leben können", heißt es in der Erklärung. Dafür seien nicht nur kulturelle, sondern auch wirtschaftliche Bedingungen entscheidend: "Am günstigsten sind sie, wenn Einwanderer gebraucht werden, für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen und ihren Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrages leisten können." Umgekehrt könne Migration aber auch "destabilisierend wirken, wenn die Mehrzahl der Zugewanderten auf Sozialleistungen angewiesen bleibt und am Rande der Gesellschaft, in einer Gettosituation oder gar in der Illegalität lebt." An der Steuerung der Einwanderung führe deshalb kein Weg vorbei. Dafür seien bereits jetzt die gesetzlichen, institutionellen und psychologischen Voraussetzungen zu schaffen. In ihrem Manifest sprechen sich die Wissenschaftler unter anderem dafür aus, die Einbürgerung zu erleichtern, die doppelte Staatsangehörigkeit zuzulassen, dauerhaft im Lande lebenden Ausländern auch aus Nicht-EG-Ländern einen besonderen Status und das kommunale Wahlrecht einzuräumen sowie ein Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen.

Mit ihrem Manifest gehen die zehn Autoren und fünfzig Mitunterzeichner über eine wissenschaftliche Aufarbeitung hinaus. Sie wehren sich gegen die politische Tabuisierung des Themas Einwanderung: "Wenn heute gesagt wird, die seit mehr als einem Jahrzehnt überfällige Debatte um Einwanderungsgesetzgebung und Mi-

grationspolitik sei der Öffentlichkeit nicht zuzumuten und nur geeignet, die Fremdenfeindlichkeit zu erhöhen, dann werden Ursachen und Folgen verkehrt". Die aktuellen politischen Schweigegebote seien nur die Fortsetzung der folgenschweren "Vogel-Strauß-Politik" in den achtziger Jahren nach dem Motto: "Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland."

Bewußt ausgeklammert haben die Wissenschaftler den Bereich "Flucht und Asyl", der nicht mit dem Thema Einwanderung verwechselt oder gar dagegen ausgespielt werden darf: "In Flüchtlingsfragen geht es um Hilfe für die Flüchtlinge durch Schutz und Asyl und um die Bekämpfung der Fluchtursachen. In Einwanderungsfragen aber geht es vornehmlich um die Selbsthilfe des Einwanderungslandes, um seine Interessen und Probleme."

Die Erklärung der Wissenschaftler erscheint in der kommenden Woche als Buchveröffentlichung unter dem Titel "Das Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung" in der Beck'schen Reihe im Verlag C.H. Beck (München) und wird ergänzt von zehn erläuternden Einzelbeiträgen der Autoren. Unter anderem geht es um "Bevölkerung und Wirtschaft", um "Multikulturalismus in der Einwanderungsgesellschaft" sowie um "Migrationspolitik und Zuwanderungsrecht, Illegalität und Legalisierung, Integration und Staatsangehörigkeit". Gefördert wurde das Projekt vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und von der Freudenberg-Stiftung.